



Infopapier

„Demokratie leben!“: Start der 3. Förderperiode

Ziel des Vorhabens

„Demokratie leben!“ fördert auch ab 2025 zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie, Vielfalt und gegen jede Form von Extremismus. Ziel des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ist es, die Projektarbeit von Menschen, die sich täglich für eine offene und vielfältige Gesellschaft einsetzen, zu unterstützen und zu stärken.

Das ist ein Auftrag unserer wehrhaften Demokratie – besonders in Zeiten, in denen u.a. rechtsextreme, rassistische und antisemitische Hetze und Gewalt zunehmen. Unsere Demokratie lebt von zivilgesellschaftlichem Engagement für ein friedliches und respektvolles Zusammenleben und gegen menschen- und demokratiefeindliche Phänomene.

Mit dem inhaltlich umfassendsten Präventionsprogramm des Bundes wollen wir Demokratie fördern, Vielfalt gestalten und Extremismus vorbeugen. Dafür werden bewährte Ansätze weiterentwickelt und gleichzeitig neue erprobt.

Wichtigste Inhalte

Demokratie fördern – Vielfalt gestalten – Extremismus vorbeugen

Unsere Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Sie muss täglich erlernt, erlebt, gestaltet und verteidigt werden. Es ist unsere Verantwortung, sie zu erhalten und mit Leben zu füllen. Dies unterstützt das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ seit 2015.

Von Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und Beratungsangeboten für Menschen, die sich aus extremistischen Zusammenhängen lösen wollen, über Demokratielernprojekte und Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche, bis hin zu Konzepten, wie Kinder ihre Rechte in der digitalen Welt besser wahrnehmen können – „Demokratie leben!“ fördert in der 3. Förderperiode ab 2025 rund 580 Projekte und ein Vielfaches an Einzelmaßnahmen vor Ort. Mit einem geplanten Fördervolumen von jährlich 182 Millionen Euro ist „Demokratie leben!“ das größte Präventionsprogramm des Bundes.

Dabei werden bewährte Präventions- und Beratungsansätze nicht nur gestärkt und weiterentwickelt. In der 3. Förderperiode (2025-2032) werden außerdem neue Ansätze der Projektarbeit online und offline erprobt und die Förderung den gesellschaftlichen Herausforderungen fortlaufend angepasst.

- Für Demokratie und Vielfalt und gegen Extremismus eintreten:
Das zivilgesellschaftliche Engagement wird weiterhin in den drei Handlungsfeldern Demokratie fördern – Vielfalt gestalten – Extremismus vorbeugen auf allen Ebenen des Staates gefördert.
- Nachhaltige Strukturen schaffen:
Um Vernetzung, Wissensaustausch und bundesweite Qualitätsentwicklung zu stärken sowie Impulse zu setzen, wird künftig für verschiedene Themenfelder die Entwicklung einer bundeszentralen Infrastruktur z.B. in den Themenfeldern Demokratiebildung im Kindesalter, Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus, Hass im Netz und Desinformation gefördert.
- Demokratie entscheidet sich vor Ort:
Um die Länder und Kommunen zielgerichtet in ihrem Engagement für eine offene Gesellschaft und ein respektvolles Zusammenleben zu stärken, werden Landes-Demokratiezentren unterstützt und Partnerschaften für Demokratie gerade auch in strukturschwachen Regionen gefördert. Bei den Partnerschaften für Demokratie werden zivilgesellschaftlich und demokratisch aktive Menschen und Organisationen, die sich in ihrem kommunalen Umfeld für die Demokratie engagieren, gestärkt und vernetzt. Zu den Zielen der Landes-Demokratiezentren gehören die Förderung, Koordinierung, Vernetzung, konzeptionelle Gestaltung und fachliche Begleitung der Mobilen Beratung, der Opfer- und Betroffenenberatung und der Ausstiegs- und Distanzierungsberatung im jeweiligen Land.

- Den digitalen Raum als demokratischen und demokratiefördernden Ort stärken:
Um Verschwörungsdenken und Hass im Netz entgegenzuwirken und nicht zuletzt dadurch auch digitale Teilhabe und Partizipation zu ermöglichen, wird die Arbeit mit digitalen Methoden und für eine bessere Medien- und Nachrichtenkompetenz unterstützt.
- Deradikalisierung und Ausstiegsarbeit weiterentwickeln:
In 15 Bundesländern werden Projekte zur Prävention und Deradikalisierung im Strafvollzug und in der Bewährungshilfe gefördert. Erstmals werden Fachorganisationen, die Menschen dabei unterstützen, sich aus extremistischen Szenen zu lösen, gemeinsam in einem Kooperationsverbund aktiv.

Auswirkungen in der Lebenswirklichkeit

- **Wirksames Bundesprogramm:** Mit „Demokratie leben!“ werden diejenigen unterstützt, die sich menschen- und demokratiefeindlichen Phänomenen entgegenstellen und sich jeden Tag für ein friedliches und respektvolles Zusammenleben einsetzen. Denn „Demokratie leben!“ wirkt. Die Programmevaluation hat bestätigt, dass das Bundesprogramm die demokratischen Kräfte in der Gesellschaft stärkt. Es macht Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene resilienter gegen demokratiefeindliche Positionen, es unterstützt pädagogische Fachkräfte dabei, kompetenter im Umgang mit Vielfalt zu werden und es motiviert radikalisierte Personen, ihr Weltbild zu reflektieren.
- **Vielgestaltiges Bundesprogramm:** „Demokratie leben!“ bietet den unterschiedlichsten zivilgesellschaftlichen Akteuren thematische Anknüpfungspunkte und Fördermöglichkeiten – von jungen Organisationen bis hin zu etablierten Vereinen, von kleinen Einzelmaßnahmen bis hin zu Projekten mit achtjähriger Förderdauer, von Präventionsprojekten z.B. in Kita, Schule, Jugendamt bis hin zur Begleitung von radikalierungsgefährdeten Inhaftierten im Strafvollzug.
- **Lernendes Bundesprogramm:** „Demokratie leben!“ reagiert auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen. Themen und Methoden werden bedarfsorientiert weiterentwickelt, sei es im Hinblick auf die Zunahme von Desinformation und Hetze im Netz, von Antisemitismus und Rassismus oder auch im Hinblick auf die steigende Zahl an Menschen, die sich aktiv für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie einsetzen.

Fakten

- **Demokratiegefährdende Einstellungen:** Laut der aktuellen Mitte-Studie (2022/2023) der Friedrich-Ebert-Stiftung sinkt der Anteil der Befragten mit Vertrauen in die Institutionen und in das Funktionieren der Demokratie auf unter

60 %. Ein erheblicher Teil der Befragten vertritt demnach etwa verschwörungsgläubige (38 %) und populistische (33 %) Positionen.

- **Politisch motivierte Straftaten:** Das Bundeskriminalamt (BKA) stellt bei der politisch motivierten Kriminalität (PMK) einen deutlichen Anstieg um 23 % bei rechts motivierten Straftaten im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr fest. Für 2024 wird nach vorläufigen Zahlen ein weiterer Anstieg erwartet. Rassistisch motivierte Straftaten, die in den Bereich Hasskriminalität fallen, haben 2023 um 19 % zugenommen. Eine deutliche Steigerung ist auch bei den antisemitischen Straftaten zu verzeichnen. Sie nahmen um 96 % gegenüber dem Vorjahr zu.
- **Medienvertrauen und Desinformation:** In der aktuellen Studie „Verunsicherte Öffentlichkeit“ der Bertelsmann Stiftung von 2024 zeigen 30 % der Befragten ein niedriges Medienvertrauen. Demnach sind 84 % der Befragten der Meinung, Desinformationen im Internet seien ein großes oder sogar ein sehr großes Problem für die Gesellschaft. 81 % sind der Ansicht, dass Desinformation eine Gefahr für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt darstellt.
- **Starke Zivilgesellschaft:** Knapp 70 % der Menschen in Deutschland sind nach Daten des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors von 2022 bereit, sich auf unterschiedliche Weise gegen Rassismus zu engagieren.
- **Programmevaluation 2020-2024:** Neun von zehn der befragten externen Expert*innen¹ sagen, das Programm „Demokratie leben!“ stärkt zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Vielfalt sowie gegen Extremismus und Radikalisierung. 85 % finden außerdem, dass es die Akzeptanz kultureller Vielfalt fördert.



Weitere Informationen zu „Demokratie leben!“ und der 3. Förderperiode stehen unter <http://www.demokratie-leben.de> zur Verfügung.

¹ Befragt wurden Expert*innen auf Landesebene, die sich mit den Themen Demokratieförderung, Extremismusprävention und/oder Vielfaltgestaltung auseinandersetzen.